



BBV: 3 Jahre nach Volksbegehren zum Artenschutz

Beitrag

Bereits zum dritten Mal jährt sich der Abschluss des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“. Gebracht hat das damit verbundene neue Naturschutzgesetz viele neue Vorgaben für die bayerische Landwirtschaft, der von der Bayerischen Staatsregierung und den Initiatoren angekündigte gesamtgesellschaftliche Ansatz beim Artenschutz fehlt jedoch auch nach drei Jahren.

„Artenschutz geht alle an, nicht nur Bayerns Bäuerinnen und Bauern. Doch bis heute fehlen verpflichtende Auflagen für Gesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Kirche“, kritisiert Stefan Köhler, Umweltpräsident im Bayerischen Bauernverband. „Während die Vorgaben und Regeln aus dem Volksbegehren direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Wirtschaftsweise auf den bayerischen Bauernhöfen haben, tut sich gesamtgesellschaftlich wenig bis gar nichts. Der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigte Gesellschaftsvertrag lässt seit 2019 auf sich warten und der Flächenverbrauch steigt sogar.“ So gingen in Bayern zuletzt täglich 11,6 Hektar für die Landwirtschaft und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere verloren. „Jährlich summiert sich der Flächenverlust in Bayern auf 4.000 Hektar. Diese besorgniserregende Entwicklung geht nicht nur zulasten von Bauernfamilien und Lebensmittelerzeugung, sondern die Flächen fehlen auch als Lebensraum für Pflanzen, Insekten und Wildtiere. Der Flächenverbrauch muss deshalb endlich durch konkrete Maßnahmen in der Landes- und Kommunalpolitik gestoppt werden“, fordert Köhler.

Köhler und der Bauernverband machen sich beim Umwelt- und Artenschutz für Projekte auf Augenhöhe stark: „Schon heute setzt **jeder zweite Landwirt freiwillig Agrarumweltmaßnahmen auf rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche** nach den Vorgaben des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms und Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms um. So kann schneller und gemeinsam mehr für die Umwelt getan und zudem die nötige finanzielle Förderung erhalten werden“, sagt Köhler. Doch genau dieses Engagement und diese Erfolge im kooperativen Umwelt- und Naturschutz werden mit der in Deutschland geplanten Umsetzung der neuen gemeinsamen EU-Agrarpolitik und der neuen „Ecoscheme“-Regeln gefährdet. Köhler fordert, dass bewährte KULAP-Maßnahmen wie die vielfältige Fruchtfolge oder die extensive Grünlandnutzung nicht beschädigt, die Vorschläge der alten Bundesregierung nachgebessert, die Vorschläge des Bauernverbandes aufgegriffen und passende Lösungen besonders für Ökobauern, Grünland- und Futterbaubetriebe auf

den Weg gebracht werden.

Weitere Infos unter www.BayerischerBauernVerband.de/GAP-2023.

Bericht und Foto: Bayerischer Bauernverband



Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. Bauernverband
2. Bayern